

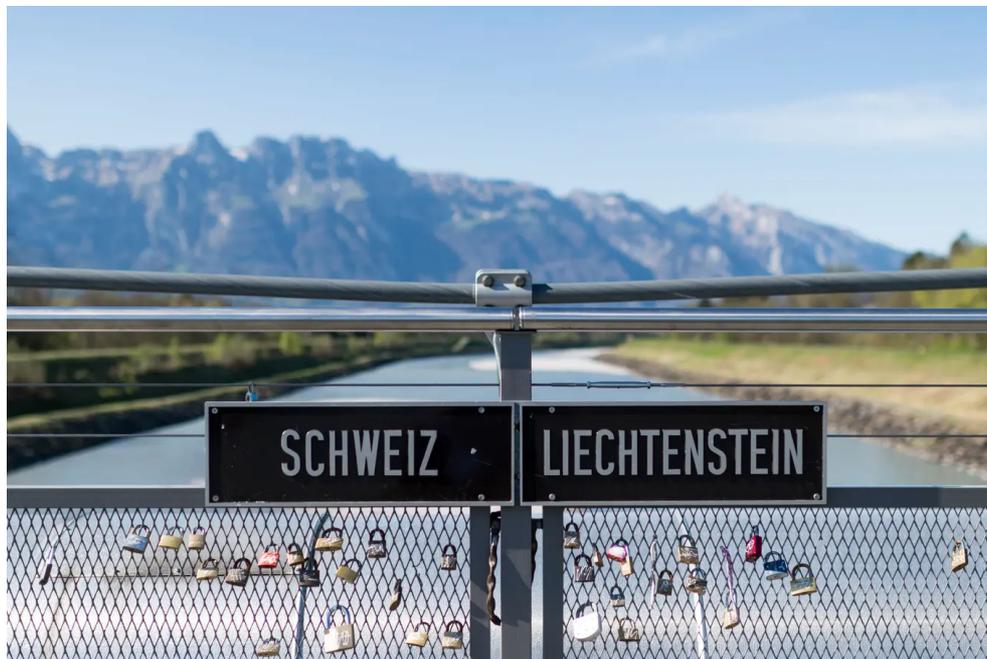
## Neue Zürcher Zeitung

### Beziehungsstatus Schweiz - Liechtenstein: «eher abgekühlt»

Spitalplanung, Verkehr, Steuerpolitik: Zwischen den beiden Nachbarstaaten liegt einiges im Argen. Eine Interpellation im Kantonsrat St. Gallen soll nun das zwischenstaatliche Klima ausloten.

Günther Meier, Vaduz

01.05.2022, 16.53 Uhr



Seit 1923 besteht der Zollanschlussvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein – wie gut sich die Beziehungen seither entwickelt haben, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Gian Ehrenzeller / Keystone

Wie gut sind die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein? Ein Gradmesser könnten die Festlichkeiten im kommenden Jahr werden. Dann feiern die beiden Nachbarstaaten das Jubiläum «100 Jahre Zollvertrag Schweiz - Liechtenstein». Eine Million Franken will die Liechtensteiner

Regierung dafür ausgeben. Geplant sind verschiedene Veranstaltungen sowie Festakte in Vaduz und Bern.

In der Begründung des Kreditantrags der Regierung an das Parlament heisst es, der Zollanschlussvertrag von 1923 habe den Grundstein für die Zusammenarbeit der beiden Staaten gelegt und über die Jahrzehnte zu einer einzigartigen Verbindung geführt. «Die Beziehungen», unterstreicht die Regierung, «haben sich im Laufe des Jahrhunderts als tragfähig, beständig, zukunftstauglich und als fester Wert in Krisenzeiten erwiesen.»

Auf der anderen Seite der Grenze werden diese Einschätzungen derzeit in Zweifel gezogen. Die Beziehungen hätten sich in den letzten Jahren aufgrund der politischen Entwicklung «eher abgekühlt», heisst es in einer Interpellation, die im St. Galler Kantonsrat eingereicht wurde. Urheber des Vorstosses ist der FDP-Parlamentarier Christian Lippuner, dessen Lebensmittelpunkt in Grabs liegt, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Fürstentum Liechtenstein. Die Kantonsregierung soll nun ein Fazit über die Beziehungen «aus der Optik des Kantons St. Gallen» ziehen.

### **Edgar Oehlers Vorstoss von 1973**

Der Vorstoss Lippuners erweckt den Eindruck, als ob sich die Geschichte wiederholen würde – freilich mit leicht anderen Vorzeichen. Im Frühjahr 1973, als sich Liechtenstein anschickte, das Jubiläum «50 Jahre Zollvertrag» zu feiern, reichte der damalige CVP-Nationalrat Edgar Oehler ein Postulat mit der Aufforderung an den Bundesrat ein, die Beziehungen zum kleinen Nachbarstaat einer Überprüfung zu

unterziehen. Das Oehler-Postulat sorgte damals für helle Aufregung in Liechtenstein.

Oehler ging es um die Doppelbesteuerung und Massnahmen zur Vermeidung der Steuerflucht aus der Schweiz nach Liechtenstein. Lippuner dagegen legt den Fokus auf die derzeitigen Probleme – die Spitalplanung, die Verkehrspolitik und den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr.

Nach Lippuners Interpellation ist es bis jetzt ruhig geblieben. Ein möglicher Grund: Aus liechtensteinischer Sicht besteht kein akuter Handlungsbedarf. Lippuner bezeichnet etwa das Nein zum S-Bahn-Projekt mit einer Streckenführung von Feldkirch nach Buchs als «herben Rückschlag» für den Verkehr in der Drei-Länder-Region. Das Projekt hätte zur Bewältigung des über 20 000 Arbeitskräfte zählenden Pendlerverkehrs aus Österreich und der Schweiz beitragen sollen. Die Mehrheit der Liechtensteiner Stimmberechtigten hatte den Ausbau 2020 abgelehnt.

## **Kaum gemeinsame Spitalplanung**

Eine andere Einschätzung Lippuners dagegen wird wohl von den meisten Liechtensteinern geteilt. Im Gesundheitsbereich und vor allem im Bereich der Spitalplanung habe sich in den letzten Jahren eine «zunehmende Distanzierung zwischen Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen» abgezeichnet, heisst es in der Interpellation. Eine über die Aufnahme von Patienten aus Liechtenstein hinausgehende Zusammenarbeit mit dem Regionalspital Grabs kam nicht zustande.

Zu unterschiedlich waren offenbar die Auffassungen in den beiden Regierungen, nachdem St. Gallen eine neue Spitalstrategie vorgelegt hatte. Anstatt näher an ein grösseres Spital im Kanton St. Gallen heranzurücken, unterzeichnete das Landesspital Vaduz eine Kooperation mit dem Kantonsspital Graubünden.

Der Vorschlag aus Liechtenstein, angesichts der sanierungsbedürftigen Spitäler Grabs und Vaduz einen gemeinsamen Spitalneubau in Grenznähe zu erstellen, fiel bei der St. Galler Regierung durch. Umgekehrt schlug die liechtensteinische Regierung den Vorschlag aus, Liechtenstein in den neuen St. Galler Spitalverbund einzubinden.

In der Zwischenzeit sind Fakten geschaffen worden, die dem Wunsch Lippuners nach vermehrter Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich eher entgegenstehen: In Grabs ist das Regionalspital renoviert und erweitert worden, während in Liechtenstein die Stimmberechtigten dem Bau eines neuen Landesspitals zugestimmt haben.

## **Flankierende Massnahmen als Auslöser**

Mehr Chancen auf eine Änderung dürfte das Anliegen Lippuners haben, die in den letzten Jahren aufgebauten Hürden beim grenzüberschreitenden Handwerks- und Dienstleistungsverkehr wieder abzubauen. «Hüben wie drüben» wünsche sich ein Grossteil der Unternehmen eine Rückkehr zu den früheren, liberalen Regelungen.

Auslöser für die administrativen Hürden waren die flankierenden Massnahmen gegen Dienstleister aus EU-Staaten, die seit 2004 die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen der Schweiz einzuhalten haben. Die Schweiz stellt sich auf den Standpunkt, für alle EU- und EWR-Länder müssten gleiche Regelungen gelten. Damit sind die administrativen Hürden auch für Unternehmen aus Liechtenstein massgebend.

Im Unterschied dazu konnten schweizerische Unternehmer ihre Aufträge in Liechtenstein mit wesentlich geringerem Aufwand ausführen. Die Wirtschaftskammer Liechtenstein verliert die Forderung nach «gleich langen Spiessen» 2016 mit einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude in Vaduz Nachdruck. Das führte aber nicht zu einem Abbau der Regelungen, sondern zur Angleichung der liechtensteinischen Bestimmungen an das Schweizer Niveau.

Der Weg zurück zu einem «offeneren Dienstleistungsverkehr Schweiz - Liechtenstein» wäre möglich, schreibt Lippuner in seiner Interpellation und weist auf ein entsprechendes Rechtsgutachten hin. Auch die Wirtschaftskammer Liechtenstein hält dies seit Jahren für machbar. Sie stellt sich jedoch auf den Standpunkt, dass die Schweizer Seite sich zuerst bewegen müsse. Die Interpellation Lippuner nimmt diesen Faden auf und stellt der St. Galler Regierung die Frage, ob sie sich generell für eine Liberalisierung einsetze, im Bedarfsfall auch auf Bundesebene.

## **Das heisse Eisen Quellensteuer**

Ein anderes, ebenso von Emotionen belastetes Thema klammert Lippuner dagegen aus: die fehlende Quellensteuer

für Grenzgänger aus der Schweiz. Etwas voreilig – ohne Absprache mit der Schweiz – plante die Regierung vor rund zehn Jahren die Einführung einer Quellensteuer, entsprechend der schon seit langer Zeit geltenden Regelung mit Österreich. In den angrenzenden sankt-gallischen Gemeinden, denen damit Steuereinnahmen wegzufallen drohten, regte sich dagegen Widerstand.

Die über 10 000 Zupendler aus der Schweiz versteuern in ihren Wohngemeinden laut Schätzungen eine Lohnsumme von über 800 Millionen Franken im Jahr. Vor diesem Hintergrund konnte Liechtenstein seine Forderung nach der Erhebung einer Quellensteuer bei den Verhandlungen 2016 über ein Doppelbesteuerungsabkommen nicht durchsetzen. Im Parlament kam der Unmut über die Haltung der Schweiz unverhohlen zum Ausdruck. Die Regierung wurde kritisiert, nicht hartnäckig genug mit Bern verhandelt zu haben. Aber auch Kritik an die Adresse der Schweiz gab es: Bei allen ihren Nachbarstaaten verlange sie eine Quellensteuer von den Grenzgängern, aber ausgerechnet bei Liechtenstein nicht.

Das Doppelbesteuerungsabkommen, das sowohl die Industrie- und Handelskammer wie auch der Bankenverband als wichtig für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein erachteten, wäre nach Ansicht der Regierung wohl nicht zustande gekommen, wenn Liechtenstein auf seiner Position beharrt hätte. Gegen die Quellensteuer hatte die Schweiz vorgebracht, ein wesentlicher Anteil der Zupendler seien keine Schweizer Staatsangehörigen, sondern Angehörige von EU-Ländern.

Aufgrund der restriktiven Niederlassungspolitik Liechtensteins würden diese Personen ihren Wohnsitz in der

Schweiz nehmen, aber im Fürstentum arbeiten. Die Stiftung «Zukunft.li» brachte dies in einer Studie auf eine einfache Formel: Auch wenn die fehlende Quellensteuer im Verhältnis der beiden Nachbarländer immer wieder zu Misstönen führe, folge dieses Prinzip dem Geben und Nehmen.

---

## Neueste Artikel >



### KOMMENTAR

## Der Mensch gehört sich selbst und nicht der Allgemeinheit

vor 5 Minuten



---

## Wieder Todesopfer am Mount Everest: Russe stirbt im Lager I

vor 24 Minuten



### KURZMELDUNGEN

## Sport: Das Schweizer Eishockey- Nationalteam unterliegt auch Tschechien +++ Ons Jabeur triumphiert am WTA- Turnier in Madrid

Aktualisiert vor 35 Minuten



---

## Für Sie empfohlen >

### SERIE

#### Kriegstagebuch aus Charkiw (61): Nationalismus ist eine gute Sache, wenn er als Patriotismus daherkommt

08.05.2022



---

#### Was kann denn Tolstoi dafür? – Eine Antwort auf Oksana Sabuschkos Polemik zur Abwertung der russischen Literatur

08.05.2022



---

#### Georgia ist Trumps Ground Zero: Wie der Ex-Präsident um sein Comeback kämpft

07.05.2022



---

#### Zähmung der Widerspenstigen: «Heidi» als Tanzstück – ein Triumph in Basel

vor 3 Stunden



### INTERVIEW

«Wenn es einen Atomschlag gibt, dann einzig und allein deswegen, weil Russland das entscheidet» – ein Gespräch über Angst mit

## einem, der Angst kennt

07.05.2022



---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.